

„Ihre Papirä bitt’schön!“

Als meine Frau jüngst von einer Lesereise in Österreich zurückkehrte, musste sie nach der Landung, aus Wien kommend, am Flughafen Düsseldorf ihren Pass vorzeigen. Auf erstaunte Nachfrage sagte ihr der Bundespolizist: „Das machen wir, seit Schengen teilweise ausgesetzt worden ist.“ Das erleben nun auch Autofahrer wieder, so wie ein Bekannter von uns, der vor ein paar Tagen mit dem PKW von Italien nach Österreich fuhr. Als EU-Bürger musste er in der langen Schlange stehen und brav seine Ausweispapiere vorzeigen. Es sei ein wenig skuril gewesen, erzählte er uns später, da zeitgleich auf den großen Wiesen rechts und links der Kontrollstation Hunderte Flüchtlinge einfach so und unkontrolliert die Grenze passierten. Niemand hielt sie auf. „Kein Personal dafür“, brummt der österreichische Grenzer auf Nachfrage. Kein Zweifel mehr, wir leben in einem Tollhaus.

Was ist an einem festen Standpunkt schlecht?

Im Gottesdienst ging es heute Morgen um einen bekannten Text aus dem Markus-Evangelium über den Moment, als zwei seiner Jünger Jesus baten, rechts und links von ihm sitzen zu dürfen. Das gefiel den anderen zehn überhaupt nicht, und Jesus mahnte: „Wer bei euch groß sein will, der soll euer Diener sein, und wer bei euch der Erste sein will, soll der Sklave aller sein.“ Unser Pfarrer entwickelte daraus einen interessanten Zickzackkurs zur derzeit in Rom tagenden Familiensynode. Er hoffe und bete, schloß unser Geistlicher seine Ausführungen, dass auch die versammelten Synoden-Teilnehmer nicht nur dogmatisch über das Thema Familien denken und reden, sondern es vor allem menschlich betrachten. Eigentlich war ich schon fast erstaunt, dass an dieser Stelle nicht - wie sonst vielerorts üblich - Beifall der versammelten Gemeinde aufbrannte. „Menschlich“, das klingt super, oder? Der Kölner sagt ja gern „man muss auch jönnne könne“. Seht doch alles nicht so eng! Die 10 Gebote, die Lehren von Jesus - ist ja schön und gut, aber warum denn immer alles so ernst nehmen? Übersetzen wir unseren Glauben an Gott und die Lehre seines Sohnes doch einfach mal ins „Menschliche“. Schauen wir nur, was die Leute haben möchten, und dann sagen wir: „Ja, genau! Das meinte Jesus auch!“ Allerdings sollten wir die Kirche dann direkt danach auflösen.

Eine wichtige Randnotiz aus dem schönen Wien

Die SPÖ blieb trotz starker Verluste bei der jüngsten Wiener Gemeinderatswahl stärkste Kraft. Die FPÖ legte mit HC Strache an der Spitze deutlich auf über 30 Prozent zu und bestärkte damit den Trend, dass

diese Partei überall in Österreich auf dem politischen Vormarsch ist. Und dann gibt es da noch die Österreichische Volkspartei ÖVP. Sie ist eine der beiden Volksparteien im Nachbarland, die über Jahrzehnte prägend für Österreichs Entwicklung gewesen sind. Während die rote SPÖ in vielen Städten dominierte, lagen die Hochburgen der schwarzen ÖVP mehrheitlich in den ländlichen Regionen. Und nun hat vor einiger Zeit die ÖVP begonnen, sich zu reformieren. Man will nun „jünger, weiblicher und moderner“ werden, proklamierte die ÖVP, und falls Ihnen das bekannt vorkommt – exakt diesen Prozess durchläuft derzeit auch die deutsche Schwesterpartei der ÖVP, und die heißt CDU.

Der Erfolg dieser neuen jungen, weiblichen und modernen ÖVP ist bereits bei den Wahlergebnissen zu erkennen. Zwölf Mal wurden die Wähler in der Alpenrepublik in den vergangenen fünf Jahren zur Stimmabgabe gerufen. Bei allen zwölf Wahlen büßte die Österreichische Volkspartei Stimmen ein. Manchmal nur 1,5, manchmal aber auch 7,6 oder 8,7 Prozent. Mit der sogenannten Modernisierung ging es bergab. Vielleicht kommt Ihnen das bekannt vor. Bei der Gemeinderatswahl in Wien kam die ÖVP jetzt noch auf 9,2 Prozent, blieb dabei aber hinter den Grünen. Soweit also alles ganz normal, der Niedergang einer einstmals bürgerlich-konservativen Partei eben. Doch dieses Mal gab es noch etwas Bemerkenswertes beim Wahlergebnis in Wien. Eine junge Frau namens Gudrun Kugler (38) kandidierte auf einem erwartbar aussichtslosen Listenplatz für die ÖVP und machte richtig Wahlkampf. Klar sprach sie sich gegen die völlige rechtliche Gleichstellung homosexueller Partnerschaften mit der Ehe von Mann und Frau aus. Familienfreundlichkeit sei wichtiger als gegenderte Ampelmännchen. Sexualaufklärung für eigene Kinder sei in erster Linie Sache der Eltern. Und Christin ist die hauptberufliche Juristin auch noch.

Nun muss man wissen, dass es im österreichischen Wahlrecht die sogenannten Vorzugsstimmen gibt. Die Wähler können auf dem Stimmzettel nicht nur ein Kreuz für die Partei ihrer Wahl machen, sondern zudem auch noch ein weiteres Kreuz für einen Einzelkandidaten vergeben. So können Kandidaten, die eigentlich keine Chance hätten, doch mit Unterstützung der Wähler zu einem Mandat kommen. Und als am Wahlabend in Wien feststand, dass die ÖVP von ihrem letzten jämmerlichen Ergebnis noch einmal 4,8 Prozent verloren hatte – rund ein Drittel – stellte sich heraus, dass Gudrun Kugler zahlreiche Vorzugsstimmen erhalten und damit ein Ratsmandat erkämpft hatte, was Linksmedien wie den „Standard“ nahezu zum Hyperventilieren brachte. Was war passiert? Viele bürgerlich-konservative und christlich eingestellte Wähler, die sich bereits von der ÖVP und ihrer angeblichen Modernisierung verabschiedet hatten, waren bereit, einer Frau zuhauf Unterstützung zu gewähren, die einen klaren Standpunkt zu vertreten wagte, so wie es einst ihre ganze Partei getan hatte.

Wenn ich bloß wüsste, was daraus die Lehre für uns in Deutschland sein könnte....

Wie furchtbar: Spione spionieren....

Und wieder reagiert die Nation überrascht. Deutschlands Auslands-Geheimdienst BND hat seine Arbeit gemacht und spioniert. Ist ja ein furchtbarer Skandal. Das politische Berlin ist erschüttert, und ein Kommentator beim WDR forderte heute das Äußerste, zu dem eine empörte deutsche Gesellschaft noch fähig ist: ein neues Geheimdienst-Gesetz müsse her. Wahrscheinlich soll dann dort festgeschrieben werden, das Spione nicht mehr spionieren dürfen. Auf dem Weg zur Pussy-Republik ist nichts unmöglich. Ich bin froh, dass wir einen Geheimdienst haben, der seine Arbeit macht, wahrscheinlich sogar besser, als wir gemeinhin annehmen. Der Job des BND ist: verlässliche Informationen zu beschaffen, weil sich eine Regierung nicht darauf verlassen kann, es bei anderen Regierungen nur mit ehrbaren Persönlichkeiten zu tun zu haben. Auch anderswo werden Machtspielchen gespielt, auch andere Staaten verfolgen oft Interessen, die sie nicht offen zur Schau stellen. Und andere Staaten spionieren bei uns, auch Verbündete wie die USA oder Großbritannien. Deren Geheimdienste erledigen auch ihren Job. So ist dieses Gewerbe - Nachrichten sammeln, aus offenen und verdeckten Quellen, und dann analysieren, damit unsere Regierung vor Entscheidungen weiß, was anderswo los ist. Ich finde daran nichts, aber auch gar nichts skandalös. Danke, BND!

Der Unabwählbare tritt zurück in die zweite Reihe

Gregor Gysi tritt heute von der großen Polit-Bühne ab. Kaum vorstellbar, hat er sich doch in 25 Jahren vereintes Deutschland einen ähnlichen Status erarbeitet, wie einst Helmut Kohl. Irgendwann dachte man: der ist gesetzt und gehört einfach immer dazu. Unabwählbar, sozusagen! Ich gebe zu, ich habe Respekt vor Gysi. Nicht dass ich falsch verstanden werde: der IM Notar-Vorwurf ist unvergessen, die Anschuldigungen in Bezug auf eine wahrscheinliche StaSi-Connection stehen bis heute im Raum, und seine Partei SED/PDS/Linke finde ich heute immer noch so widerwärtig wie früher - aber Gysi ist ein Typ, einer, der mitreißend formulieren kann, der klug und jederzeit schlagfertig ist, und der - da bin ich sicher - längst begriffen hat, wie sehr ein freiheitliches demokratisches System einem Unrechtsstaat wie der früheren DDR überlegen ist. Immer wieder gelang es ihm, pointiert den Finger in die Wunde zu legen und aufzuspießen, wo es eben nicht rund läuft in der neuen gemeinsamen Bundesrepublik. Es ist ja bei weitem nicht alles rosarot hier. Kurzum: Auch wenn er sicher noch hin und wieder als „einfacher Abgeordneter“ das Wort ergreifen wird, nun steht Gysi in der zweiten Reihe. Dem bräsigen Politbetrieb in Berlin wird er fehlen, und er hinterläßt eine so große Lücke, dass sich nun immerhin die Perspektive eröffnet, dass es mit seiner Partei endlich bergab geht. Das hat er bravourös 25 Jahre lang verhindern können. Hauptsächlich er allein.

Jesus als „Gottes Sohn“ bezeichnet - von der Gender-StaSi gefeuert

Die Stadt Wien hat einen neuen Tiefpunkt in Sachen GenderGaga geboten. Einer 50-jährigen Kindergärtnerin wurde jetzt gekündigt, weil sie den Kindern in ihrer Gruppe das Weihnachtsfest „zu religiös“ erklärt habe. Unter anderem wurde bemängelt, dass sie Jesus als „Gottes Sohn“ bezeichnet habe, statt geschlechtsneutral über ihn zu sprechen. Das ist kein Witz, sondern die traurige Wirklichkeit. Immer wenn man denkt, mehr Doofheit geht nicht, kommt von irgendwoher eine Gender-Nachricht, die einen eines Besseren belehrt.

Hach, es ist aber alles auch immer so kompliziert

Bei spiegel-online gibt es eine neue Kolumnistin, nennen wir sie Stoko-Gaga. Ich bin überzeugt, dass später einmal Fotos und Texte von ihr im Haus der Deutschen Geschichte hängen werden. Nicht etwa, weil ihre Beiträge das Niveau von Schulaufsätzen der gymnasialen Mittelstufe mühelos unterbieten, sondern weil die Autorin ganz deutlich überfordert ist, sich mit komplizierten Sachverhalten intellektuell auseinanderzusetzen. Das macht erst einmal nichts, denn das können heutzutage ja viele nicht. Aber schon mit ihrem Erstlingswerk, das sich mit dem wachsenden Widerstand gegen GenderGaga und damit auch mit meiner Frau befasst, belegt sie eindrucksvoll ihre limitierten Möglichkeiten zum Diskurs, die exemplarisch für viele Progressive unserer Zeit stehen. Beim Lesen habe ich mich zunächst gefragt, ob ich vielleicht in einen Kinder-Schreib-Wettbewerb geraten bin. Die Überschrift „Niemand muss **lecken** müssen“ neben ihrem Foto brachte mich allerdings von diesem Gedanken wieder ab....und - ich gebe es zu - machte mich in dem Moment geradezu froh.

Nun hat sie erneut **etwas** geschrieben, und statt den Text mit einem Therapeuten zu diskutieren, ist das Werk erneut veröffentlicht worden. Deshalb nehme ich dem „Spiegel“ seit heute ab, dass er es mit sozialem Engagement wirklich ernst meint. Frau Stoko-Gaga missfällt, dass Konservative bei Zuwanderern aus dem islamischen Kulturkreis Akzeptanz für die Gleichberechtigung der Frau anmahnen. Dieses Mal wendet sich ihr kindlicher Furor gegen die CDU-Politikerin Erika Steinbach. Ja, wie kann denn eine solche Frau Gleichberechtigung einfordern, wenn sie doch gegen die Einführung von Quoten in Aufsichtsräten war? Eine Frage, eigentlich leicht zu beantworten, wenn... ja, wenn man ein klein wenig nachdenkt. Aber das scheint nicht mehr im Anforderungsprofil für neue spiegel-online-Kolumnisten zu stehen.

Das Kreuther Phantom spukt mal wieder

Dass in Internetforen und Leserbriefen der Rücktritt von Bundeskanzlerin Angela Merkel gefordert wird, ist Alltag. Die Intensität, mit der es augenblicklich geschieht, ist neu. Das Agieren dieser sonst so machtbewussten Frau an der Spitze unserer Regierung in Bezug auf den Zustrom von Flüchtlingen stößt inzwischen auf harsche Kritik in großen Teilen der Bevölkerung. Da ist mächtig Dampf auf dem Kessel. Manch einer setzt darauf, die Kanzlerin werde sich bald von selbst verabschieden, um das Amt einer UN-Generalsekretärin zu übernehmen. Wie intensiv das diskutiert wird, ohne dass Merkel jemals öffentlich die Absicht geäußert hätte, diesen Job im Hochhaus am Hudson River anzustreben, ist erstaunlich.

Noch erstaunlicher jedoch ist, wie laut auf einmal zumindest in unionsnahen und konservativen Kreisen, eine Ausdehnung der CSU aufs ganze Bundesgebiet geradezu beschworen wird. Horst, komm und rette uns, ist - mit anderen Worten - in vielen Foren und Netzwerken zu lesen. Allein, da wird der Wunsch Vater des Gedankens sein und bleiben. Der große CSU-Vorsitzende Franz-Josef Strauß hatte es einst versucht, als auf seine Initiative hin am 19. November 1976 die CSU-Landesgruppe des Bundestages bei ihrer Klausurtagung in Wildbad Kreuth beschloß, die Fraktionsgemeinschaft mit der CDU aufzukündigen. Groß war die Aufregung seinerzeit, als diese politische Sensation bekannt wurde. Doch in Bonn saß einer, der kühl blieb, frostig sogar. Oppositionsführer Helmut Kohl, der Mann aus der Pfalz, Vorsitzender der Schwesterpartei, stellte klar: eine Ausdehnung der CSU auf die Bundesrepublik werde den sofortigen „Einmarsch“ der CDU nach Bayern bedeuten. Aus zwei CSU-Bezirksverbänden signalisierte man Kohl Unterstützung für diesen Fall. Und in der CSU begann das Rechnen. Eine CDU in Bayern, selbst wenn sie nur 10 Prozent der Stimmen erränge, würde absolute Mehrheiten und viele Direktmandate gefährden - Abgeordnete, Bürgermeister und Landräte kosten. Am 12. Dezember, nach nur gut drei Wochen, brach die Revolution zusammen. Die CSU besann sich auf ihre Kernkompetenz als DIE Partei der Bayern, die aus dem Freistaat ein Erfolgsmodell sondergleichen geformt hat. Kaum anzunehmen, dass man in München Lust verspürt, sich jetzt erneut auf ein großes Abenteuer dieser Art einzulassen.

Hallo, Herr Kretschmann! Ich dachte, ihr seid die Modernen

Was höre ich denn da in den Nachrichten? Das böse Bayern der angeblichen Rechtspopulisten und Orban-Freunde hat bisher 15.000 Flüchtlinge mehr aufgenommen, als es nach dem Verteilungsschlüssel des Bundes müsste - und steht damit (wieder einmal) an der Spitze. Und das hippe von einem grünen Ministerpräsidenten regierte Baden-Württemberg hat bisher nicht einmal das Soll erfüllt. Es ist immer

wieder schön, den Unterschied zwischen Mainstream-Gequatsche und Realität zu betrachten. Wenn ein verantwortlicher Politiker in Deutschland alles Recht hat, den Willkommens-Taumel der Kanzlerin zu kritisieren, dann Ministerpräsident Horst Seehofer. Niemand kann Bayern vorwerfen, dass es sich seiner gesamtstaatlichen Pflicht entziehen würde.

Kundus ist gefallen

Vor zwei Jahren wehten noch schwarz-rot-goldene Fahnen in Kundus, heute haben die Taliban ihre schwarzen Unheilsfetzen gehisst. Kundus ist gefallen, ein Menetekel für die Zukunft Afghanistans. Frau Käßmann hatte nicht recht, als sie vor Jahren sagte „Nichts ist gut in Afghanistan“. Tatsächlich gab es viele Jahre eine bescheidene positiven Entwicklung, oftmals nicht im Blickpunkt der deutschen Öffentlichkeit, die mehrheitlich gegen den Bundeswehr-Einsatz am Hindukusch war. In dem Stadion in Kubal, in dem einst gehenkt und gesteinigt wurde, fanden wieder Fußballspiele statt, bei denen Sängerinnen in der Halbzeit das Publikum unterhielten. Für uns eine Lapalie, für das geschundene Land ein Riesenschritt. Ebenso wie die Fortschritte bei der medizinischen Versorgung und Infrastruktur, der Neubau von Schulen, in denen Mädchen selbstverständlich mit unterrichtet wurden. 13.000 Frauen in Afghanistan absolvieren derzeit eine Berufsausbildung. Ja, die Machthaber waren und sind korrupt, und ja, es gab immer wieder Anschläge. Afghanistan wird nie in freiheitlicher Rechtsstaat nach westlichem Vorbild sein. Und dennoch sagten gerade Soldaten, die dort waren – oft mehrfach, dass sich ihr Einsatz gelohnt hat. Das ist nun alles gefährdet. Der Westen hat sich militärisch weitgehend zurückgezogen, jetzt sind die Afghanen selbst dran, ihr Land und die paar neu gewonnenen Freiheiten zu verteidigen. Heute haben die Taliban Kundus eingenommen – eine 300.000-Einwohner-Stadt. Die afghanischen Sicherheitskräfte bereiten sich darauf vor, die Stadt zurückzuerobern. Gelingt das, wäre es ein Zeichen an die ganze Welt, dass nicht alles umsonst war. Gelingt es nicht, gibt es für Afghanistan keine Hoffnung.